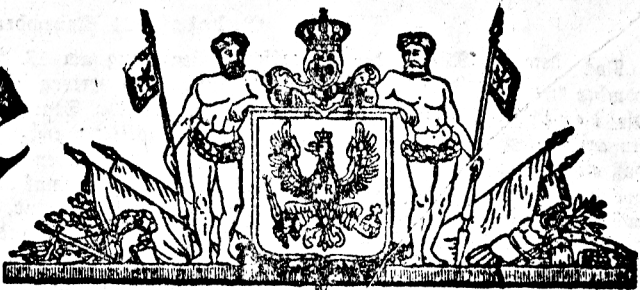


# Wossische



# Zeitung

Begründet 1794  
Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint zweimal täglich (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 280 M. oder viertelj. 840 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 80 Pl. u. 40 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Ausnahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsstells): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800, 11801, 11802 bis 11850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## Bayerische Enthüllungen.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

kl Wien, 25. November.

Zu den Enthüllungen der bayerischen Regierung wird mir von einem Diplomaten, der von den Vorgängen vor Kriegsausbruch genaue Kenntnis hat, da er in engerer Fühlung mit dem Grafen Berchtold und dem deutschen Botschafter stand, erklärt, daß von Bethmann Hollweg, v. Jagow und Zimmermann formell guten Glaubens waren, als sie versicherten, das Ultimatum an Serbien nicht gekannt zu haben. Der Wortlaut dieses Ultimatus ist nach dieser Darstellung in Wien ohne jede deutsche Mitwirkung aufgesetzt und allerdings zweimal 24 Stunden vor seiner Uebersendung in Belgrad der deutschen Botschaft in Wien ausgehändigt worden. Der Botschafter v. Tschirschy ließ diesen Wortlaut aber erst am folgenden Tage kryptiert per Bahn durch einen Leibjäger nach Berlin bringen, wo er dem Staatssekretär des Auswärtigen und der deutschen Regierung somit fast genau zur selben Stunde bekannt wurde, wie der serbischen Regierung in Belgrad. Auf dem Drahtwege ist der Wortlaut bestimmt nicht nach Berlin weitergegeben worden.

Wenn das auch auffällig erscheint, so steht doch fest, daß v. Tschirschy die Gewohnheit hatte, auch in ganz wichtigen Fällen den schriftlichen Weg zu wählen. Zweifellos hatte die Verzögerung in diesem Falle besondere Bedeutung, denn um 24 Stunden früher hätte vielleicht noch auf den Ballplatz eingewirkt werden können, um eine Abschwächung des Ultimatus herbeizuführen. Der von der jetzigen bayerischen Regierung veröffentlichte Bericht, der natürlich auch in Wien das größte Aufsehen hervorgerufen hat, bestätigt zwar, daß die Kaiserlich Deutsche Regierung eine scharfe Aktion in Belgrad gegen die großserbischen Umtriebe billigte und daß sie auch die beiden ausschlaggebenden Punkte kannte: König Peter müsse die großserbischen Umtriebe verbieten und die serbische Regierung die Teilnahme österreichischer Beamten an der Untersuchung gegen die Verschwörer in Serbien zulassen. Trotzdem sind aber v. Jagow und Zimmermann über den eigentlichen Wortlaut des Ultimatus, weil er keine Möglichkeit des Einlenkens zuließ, aufs peinlichste überrascht gewesen und haben dem Grafen Berchtold daraus kein Geheimnis gemacht.

Berchtold selbst war nicht der Verfasser dieses Wortlauts, und die als Anhänger der scharfen Tonart bezeichneten Grafen Hoyos und Grogas haben sie nicht aufgesetzt. Der Name des eigentlichen Urheber wird vielleicht eine kleine Überraschung werden.

Von deutscher Seite steht, wie mir mitgeteilt wird, eine Veröffentlichung in nächster Zeit bevor. Das ist gut so, denn völlige Klarheit muß jetzt geschaffen werden. Auch von deutsch-österreichischer Seite sind Veröffentlichungen geplant, die von den sozialdemokratischen Mitgliedern der deutsch-österreichischen Regierung vorbereitet werden. Der neue deutsch-österreichische Gesandte in Berlin, Dr. Sudo Sartmann, hat unter Dr. Viktor Adler und Dr. Bauer bereits das Archiv der Vorkriegszeit gründlich überprüft und zweifellos den Eindruck gewonnen, daß von Berlin aus hart und immer stärker gebremst wurde, um das Kriegsglück aufzuhalten. Sartmann wird, wie ich höre, die von ihm ausgewählten Dokumente alsbald veröffentlichen. Sie werden zeigen, wo die Hauptschuld lag, die weniger dem Grafen Berchtold zugeschrieben ist, obgleich er alles mit seinem Namen gedeckt hat.

Das seltsamste ist, daß man auf dem Wiener Ballhausplatz nicht der Ansicht war, das plumpe Ultimatum bedeute den Kriegsfall. Sghendorff wurde so einseitig informiert, daß er erklärte, nicht mobilisieren zu lassen, weil Serbien doch nachgeben würde. In der bayerischen Darstellung wird dann weiter erwähnt, daß der deutsche Botschafter Prinz Stolberg in Wien dem Grafen Berchtold das (gestern mitgeteilte) territoriale Zugeständnis an Italien angetragen habe. Es handelt sich, wie ich höre, um ein Drei-Minuten-Gespräch, in dessen Verlauf Prinz Stolberg, der während der vier- bis fünfstündigen Abwesenheit des Botschafters v. Tschirschy vertrat, dem Grafen Berchtold die Rückwirkung der geplanten Note an Serbien auf Italien schon wegen der verwandtschaftlichen Beziehungen des italienischen Königshauses zu Montenegro nahelegte. San Giuliano hätte dem Prinzen Stolberg gegenüber gesprächsweise auf die italienischen Interessen in der serbischen Frage aufmerksam gemacht. Daß man etwas unternehmen müsse, um die Stimmung bei dem verbündeten Italien günstig zu erhalten, war klar. Aber tiefer ging man damals auf die Frage nicht ein, und Prinz Stolberg dürfte über sein Gespräch nach Berlin berichtet haben. Man wird jetzt vor allem die Wiener Veröffentlichung, insbesondere diejenige Sartmanns, abwarten müssen. (Siehe auch zweite Seite.)

## Erst Nationalversammlung, dann Frieden.

Frankzösische Blätter melden: Wie allgemein bekannt ist, werden die Alliierten nur mit einer solchen deutschen Regierung Frieden schließen, die die Mehrheit des deutschen

Volkes vertritt. Man hält es nicht für unwahrscheinlich, daß es in Deutschland zu größeren Unruhen kommt. Sollten die Bolschewisten in Deutschland die Oberhand gewinnen, würde die Befehung größerer Oststädten Deutschlands, einschließlich Berlins und anderer größerer Städte unvermeidlich sein.

## Deutschlands Lebensmittelversorgung.

Wilsens bedingungsweise Zusage.

Berlin, 25. November. (W. Z. N.)

Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der schweizerischen Regierung in der Frage der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln nachgehende Antwort des amerikanischen Staatssekretärs Lansing erhalten:

„In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses vom 11. November hat der Präsident der Vereinigten Staaten erklärt, daß die Vertreter der verbundenen Regierungen in dem Obersten Kriegsrat in Versailles in einem einstimmig gefassten Beschluß den Völkern der Mittelmächte zugelegt hätten, daß alles unter den gegenwärtigen Umständen Mögliche getan werden solle, um sie mit Nahrungsmitteln zu versehen und um die traurige Not zu erleichtern, die an so viel Orten ihr Leben bedroht, und daß sofort Schritte unternommen werden sollten, dieses Hilfswerk in derselben Weise systematisch zu organisieren, wie dies im Falle Belgiens geschehen sei. Der Präsident gab ferner der Ansicht Ausdruck, daß es sich durch die Verwendung der brachliegenden Ländereien der Mittelmächte alsdann ermöglichen lassen sollte, der bedrängten Bevölkerung der Mittelmächte die Furcht vor äußerstem Elend zu nehmen und ihr Gelegenheit zu geben, ihre Aufmerksamkeit und ihre Kräfte den großen und gesahrvollen Aufgaben des politischen Wiederaufbaues zu widmen, denen sie jetzt überall gegenübersteht.“

In diesem Sinne beauftragt mich der Präsident zu erklären, daß er bereit sei, die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln in günstigem Sinne zu erwägen und diese Frage mit den verbundenen Regierungen sofort aufzunehmen, vorausgesetzt, daß er die Versicherung erhält, daß in Deutschland die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten wird und auch weiterhin aufrecht erhalten bleibt und daß eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel unzweifelhaft garantiert wird. ges. Lansing.“

## Das amerikanische Friedensangebot.

Drahtmeldung.

München, 25. November.

Mit Bezug auf den Brief des Grafen Czernin an die „Neue Freie Presse“, veröffentlicht unter dem 25. November, teilt Prof. Dr. Jaffe einen Brief mit, den Graf Czernin dem Ueberbringer des amerikanischen Friedensangebotes schrieb. Das Schreiben ist vom 2. Januar 1918 datiert und lautet:

„Gn. Hochwohlgeboren! Ihre mündlichen Darlegungen haben mich, wie ich Ihnen bereits gesagt habe, in hohem Maße interessiert. Ich würde volles Interesse, mit dem Sie sich all den schwierigen Problemen widmen. Ich komme aber bei näherem Ueberdenken Ihrer Mitteilung zu dem Schluß, daß es sich aus taktisch-politischen Erwägungen nicht empfiehlt, im gegebenen Momente und wohl auch für die nächste Zukunft die von Ihnen ausgenommenen Fäden fortzuspinnen. Ich beehre mich daher, das Erlauchen an Sie zu stellen, sich bis auf weiteres nicht ins Ausland zu begeben, und behalte mir vor, im gegebenen Momente an Euer Hochwohlgebornen heranzutreten, um mir Ihre wertvolle Mitarbeit zu sichern. Empfangen Sie usw.“

Czernin.

## Die Reichskonferenz.

Die Konferenz der Vertreter der Bundesstaaten mit der Reichsregierung wurde gestern nachmittag fortgesetzt und zu Ende geführt. Wir geben die ausführlichen Berichte auf Seite 4 wieder. Das Ergebnis der sehr ausgedehnten Aussprache war ein Bekenntnis zur Einheit des Reichs und zur Nationalversammlung.

Die von der Reichsleitung berufene Kommission zur Vorbereitung der Sozialisierung wird, wie verlautet, am Dienstag, 26. d. M., zum erstenmal zusammen-treten.

## Räumung der Ukraine.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters Dr. Max Osborn.

\* Kiew, 23. November.

Der Kampf gegen die Aufständischen ist noch nicht entschieden. Doch nach allen Meldungen, denen gegenüber freilich stets Vorsicht geboten ist, haben die Regierungstruppen des Hetmans gestern Vorteile erlangt und die Revolutionäre unter Petljura an einer Stelle der Front zurückgedrückt. Die Aufständischen sind von Fastow, nördlich der Bahn folgend, über Saffilow und Bokarka gegen Kiew marschiert und stehen etwa 15 Kilometer von der Stadt entfernt. Hier sind sie mit den gegen sie vorgehenden Regierungstruppen zusammengestoßen. Das Eingreifen der Artillerie auf Seiten der Hetmantruppen scheint Erfolg gehabt zu haben. Heute ist das Gefecht weiter von Kiew entfernt. Ob aber damit nun eine wirkliche Wendung begonnen hat, ist noch nicht zu übersehen. Zu beachten ist, daß in der verflochtenen Nacht einzelne abgesplitterte Streifabteilungen der Aufständischen durch die Wälder nördlich von Kiew bis ins Weichbild der Stadt vorgedrungen sind, Teile irregulärer bewaffneter Banden, die dann aufgegriffen und entworfen wurden.

Immer deutlicher zeigt es sich, daß die ukrainisch-demokratischen Revolutionäre zahlreiche Banden im ganzen Lande mit sich reißen, und daß sie, ohne von Haus bolschewistisch gesinnt zu sein, durch die Entwicklung der Verhältnisse gezwungen werden, sich auf die Massen zu stützen, alles als Hilfe anzunehmen, was sich ihnen bietet, und so tatsächlich doch dem Bolschewismus Vorschub leisten. Das bedeutet eine außerordentliche Gefahr für das ganze Land und bringt nicht zuletzt auch eine Bedrohung der deutschen Besatzungstruppen mit sich. Es zeigt sich, daß die politische Bewegung der Ukrainer von gefährlicher bolschewistischer Störung aller Ordnung überfullt wird, daß sich ihre regelrechte Räuberbanden anschließen, und daß dadurch vor allem die Sicherheit der Eisenbahnen schwer bedroht wird. Man hat erklärt, daß die zuerst verkündete Neutralität sich möglicherweise nicht aufrechterhalten läßt.

Aus diesen Gründen hat man mit dem Abtransport der deutschen Truppen aus der Krim und der Ukraine begonnen. Die Kommandostellen sind natürlich bestrebt, die Räumung und Zurückverbringung aufs Äußerste zu beschleunigen, aber die Schnelligkeit des Transports findet ihre Grenzen in der Leistungsfähigkeit der Bahnen, die in drei Linien aus der Ukraine nach Westen heraus führen und in West-Litowol zusammenlaufen. Bei Berücksichtigung der Transporte von Lebensmitteln und Rüssen können auf jeder der drei Strecken täglich nur zwei Truppengüge fahren. Da die Heeresgruppe für ihren Abtransport über mindestens sechshundert Güte braucht, werden etwa vier Monate vergehen, bis die letzten Truppen nach der Heimat abbeordert sind. Ueberdies sind die Bahnen in Polen durch die dortigen Aufstände betriebsunfähig. Von West-Litowol aus steht nur eine einzige Bahn über Bialystok-Prostken zur Verfügung, auf der täglich auch nicht mehr als sechs Güte gefahren werden können. Daher würde auch der Vorschlag, der von manchen Seiten aus der Gruppe gemacht wird, man solle bis zum Beginn der deutschen Spurweite marschieren, keine Beschleunigung bringen.

Ein Rundschreiben, das vom Oberkommando der Heeresgruppe und dem großen Soldatenrat Kiew gemeinsam verfaßt ist, macht nun die Truppen darauf aufmerksam, daß unter diesen Verhältnissen und im Hinblick auf die Unzuverlässigkeit des ukrainischen Bahnpersonals ein geregelter Abtransport nur möglich ist, wenn außer von den deutschen Eisenbahnbehörden von keiner Seite in das komplizierte Räuberwerk der Transportbewegungen eingegriffen wird. Es wird betont, daß jeder, der das versuchen würde, sich an den Kameraden veründigt, denn das Stöcken des Räuberwerks müßte den Truppen das Schicksal der Franzosen von 1812 bereiten. Darum ergeht die eindringliche Warnung an alle, Geduld zu üben. Schon seien bei einem Bataillon eigenmächtige Einriffe in die Transportregelung vorgekommen. Würden sie sich wiederholen, so wären die Folgen unabsehbar. Ueberdies sei sorgfältigster Wachtschuh notwendig, sonst würden die Banden, von denen das Land durchsetzt ist, jede Gelegenheit wahrnehmen, um den geordneten Abtransport durch Anschläge gegen die Eisenbahn zu stören. In der Reihenfolge kommen zuerst die Truppen, die an den Rüssen des Schwarzen Meeres stehen, da die dortigen Häfen gemäß dem Waffenstillstandsvertrag an die Entente abgegeben werden müssen. Ein Transport der Truppen durch Gebiete, die bereits von uns geräumt sind, ist ausgeschlossen; denn sofort würden sich dort Banden bilden, die Anschläge versuchen würden. Darum muß die Räumung der weiteren Ukraine abschrittsweise von Osten nach Westen erfolgen. Der Aufruf nennt die Ruhe und die Selbstdisziplin der Truppen ein dringendes Bedürfnis und